

## **ANTRAG**

**der Fraktion der AfD**

### **Konzept zu einer nachhaltigen Entzerrung der Altersstruktur bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Altersstruktur bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften aufgrund der hohen Einstellungszahlen in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre ein erhebliches Ungleichgewicht aufweist. Es ist deshalb mit einer hohen Pensionierungswelle in den kommenden Jahren zu rechnen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf der Grundlage der von der Arbeitsgruppe „Altersstruktur im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst“ vorgeschlagenen Steuerungsmodelle bis Ende 2020 ein Konzept zu einer nachhaltigen Entzerrung der Altersstruktur bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften zu entwickeln und umzusetzen.

**Nikolaus Kramer und Fraktion**

**Begründung:**

Die vom Justizministerium im Januar 2018 eingesetzte Arbeitsgruppe „Altersstruktur im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst“ hat verschiedene Steuerungsmodelle zur Entzerrung der Altersabgangsspitzen erarbeitet, und zwar die Steigerung der Attraktivität des vorzeitigen Eintritts in den Ruhestand, die Einführung eines Altersteilzeitmodells sowie die Option, den Ruhestand hinauszuschieben.

Wie sich aus den Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 7/3905) und der Fraktion der AfD (Drucksache 7/4142) ergibt, hat sie noch keine Beurteilung der Steuerungsmöglichkeiten vorgenommen.

Den Antworten ist vielmehr zu entnehmen, dass dem Justizministerium die Sache aus der Hand genommen wurde und bei der Staatskanzlei eine Gesamtstrategie entwickelt werden soll. Es handelt sich hier aber um ein zentrales Problem der Justiz, das jetzt angegangen werden muss.

Dass hier ein gravierendes Problem hinsichtlich der Absicherung einer funktionierenden Justiz in Mecklenburg-Vorpommern liegt, hat nicht zuletzt, aber wiederum nachdrücklich, die Expertenanhörung im Rechtsausschuss zum Haushalt am 23. Oktober 2019 ergeben. Nahezu alle Anzuhörenden haben darauf aufmerksam gemacht, dass hier dringend gehandelt werden muss und nicht erst kurz vor Beginn der Pensionierungswelle begonnen werden kann.